



Unternehmensverantwortung in Liefer- und Wertschöpfungsketten

Jandeisek, Isabel: *Unternehmensverantwortung in Liefer- und Wertschöpfungsketten. Eine relationale Perspektive*, Marburg: Metropolis-Verlag 2022, 359 S., ISBN 978-3-7316-1493-7

Isabel Jandeisek will mit ihrer Dissertation zur Unternehmensverantwortung in Liefer- und Wertschöpfungsketten sowohl einen Beitrag zur Theorieentwicklung als auch zum besseren Verständnis der praktischen Implementierungsmöglichkeiten von Unternehmensverantwortung leisten. Als Ausgangspunkt wählt sie die Diskussion in Deutschland über die Einführung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten, das zum Zeitpunkt des Verfassens ihrer Dissertation noch nicht verabschiedet war und die damit zusammenhängende Debatte um freiwillige oder verbindliche Regelungen zur Verantwortung von Unternehmen.

Das Inkrafttreten des Gesetzes in Deutschland am 1. Januar 2023 schmälert in keiner Weise die Bedeutung der vorliegenden Dissertation, da die Debatte nur der Ausgangspunkt für eine umfangreiche Analyse der bestehenden theoretischen Ansätze und der entsprechenden Abgrenzung und Einordnung der Theorie der relationalen Governance einerseits und der praktischen Implikationen aus der Anwendung der Erkenntnisse aus der relationalen Governance andererseits ist. Zudem geht es der Autorin in praktischer Hinsicht nicht nur um den deutschen Kontext, sondern insgesamt darum, festzustellen, wie eine verbesserte Beachtung von Menschenrechten, Umweltaspekten und idealer Weise ein „social upgrading“ in Ländern des globalen Südens durch die Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung gelingen kann.



In Kapitel 2 erklärt Jandeisek die historische Entwicklung der Corporate Social Responsibility Forschung. Sie entwickelt in Abgrenzung zur Property-Rights- und Prinzipal-Agent-Theorie und aufbauend auf der Transaktionskosten- und Governanceökonomik sowie der Stakeholder-Theorie das relationale Verständnis der Firma als „Nexus von Stakeholdern, Ressourcen und Verträgen“. Sie definiert mit Wieland: „Die Firma ist ein gesellschaftliches Kooperationsprojekt multipler Stakeholder zur Verwertung ihrer Ressourcen unter der Bedingung von Marktwettbewerb. Sie ist eine vertragliche Ermöglichungsform von organisierter Kooperation.“ (S. 114, Wieland 2009, 282) Dabei sind nicht nur formale, sondern auch informale Verträge gemeint, die zwischen Einheiten eines komplexen transnationalen Unternehmensgeflechts, zwischen dem Unternehmen und seinem Netz aus Zulieferern und zwischen Unternehmen und Gesellschaft bestehen. Setzt man dieses Verständnis der Firma voraus,

dann ist eine Steuerung und Koordination vonnöten, die mit dem Begriff der „Governance“ bezeichnet wird. „Governance bezieht sich somit auf die Integration und Interaktion von Strukturen im Hinblick auf die Abwicklung spezifischer wirtschaftlicher Transaktionen.“ (S. 115 unter Bezugnahme auf Wieland 2007, 51)

In Kapitel 3 untersucht Jandeisek das Verhältnis von Governance in komplexen globalen Netzwerkstrukturen und dem zuvor erläuterten CSR Diskurs. Da sowohl intra- als auch interfirm Kooperationen grenzüberschreitend sind, es aber keine global einheitliche politische Governance mit einheitlichen Gesetzen und Regelungen über Ländergrenzen hinweg gibt, sind die Risiken von Verletzungen von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards hoch. In der Steuerung von Risiken sieht Jandeisek eine Verknüpfung von CSR Diskurs, Compliance Management und Governance von Liefer- und Wertschöpfungsketten. Eine besondere Bedeutung kommt sogenannten „Lead“ Firmen zu. Dies sind multinationale Unternehmen, die effektiv Einfluss auf das gesamte Netz ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten nehmen können. Die Möglichkeiten des Einflusses sind umso größer je mehr die beteiligten Partner auf die Beziehung zur Lead-Firma angewiesen sind und je länger die Beziehungen schon bestehen, je mehr Vertrauen folglich schon aufgebaut wurde.

Diese effektiven Einflussmöglichkeiten von multinationalen Unternehmen auf ihre Liefer- und Wertschöpfungsketten, die in der Vergangenheit oftmals vernachlässigt oder negativ genutzt wurden und die unzureichenden Möglichkeiten vieler Staaten, insbesondere im globalen Süden, die Einhaltung von Menschenrechten sowie So-

zial- und Umweltstandards von Unternehmen tatsächlich zu gewährleisten, sind der Grund, warum die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen aufgestellt wurden. Diese und deren teilweise Umsetzung in nationales Recht in einigen Industrieländern sowie weitere ähnliche nationale Regelungen untersucht Jan deisek in Kapitel 4. Diese Regeln schreiben Unternehmen vor, Sorgfaltspflichten wahrzunehmen und darüber zu berichten. Im Idealfall könnte dadurch ein Beitrag zur Verhinderung negativer Effekte geleistet werden. Der Autorin geht es aber nicht nur um die Vermeidung von negativen Effekten auf Gesellschaft und Umwelt vor Ort, und auch nicht nur um die Schaffung eines ökonomischen Mehrwerts auf lokaler Ebene, wie ihn die Global Value Chain Literatur sieht,

sondern auch um positive wertschöpfungsrelevante Effekte, die zu sozialem „upgrading“ führen. Dazu kann die relationale Governance beitragen. Lead-Firmen sind aufgefordert, geltende globale Menschenrechts-, Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Anti-Korruptionsstandards zu berücksichtigen, „in Multi-Stakeholder- und Brancheninitiativen zu kooperieren und adaptive eigene betriebliche Maßnahmen zu entwickeln“ (S. 309). In relationalen Governancebeziehungen werden „Kontinuität, Polydimensionalität, moralisch geteilte Normen, Reziprozität und Vertrauen, sowie infolgedessen Ressourcen- und Kapazitätsaufbau, Lernprozesse und Innovationsentwicklung forciert“ (S. 310 f. unter Bezugnahme auf Cao/Lumineau 2015).

Das Buch zeichnet sich durch ein sehr hohes theoretisches Niveau aus. Um auch

in der Praxis verstärkt rezipiert zu werden, empfiehlt sich eine „Übersetzung“ in eine leichter verständliche Sprache.

Brigitta Herrmann, Köln

Weitere verwendete Literatur:

Cao, Z./Lumineau, F. (2015): Revisiting the interplay between contractual and relational governance: A qualitative and meta-analytic investigation. *Journal of Operations Management*, 33, 15–42.

Wieland, J. (2007⁵): Die Ethik der Governance, Marburg.

Wieland, J. (2009): Die Firma als Kooperationsprojekt der Gesellschaft, in: Wieland, J. (Hrsg.): CSR als Netzwerk-governance – Theoretische Herausforderungen und praktische Antworten, Marburg, 257–287.



Sollte Religionsunterricht politisch sein?

Jan-Hendrik Herbst: *Die politische Dimension des Religionsunterrichts. Religionspädagogische Reflexionen, interdisziplinäre Impulse und praktische Perspektiven*, Paderborn: Brill/Schöningh 2022, 628 S., ISBN 978-3-506-79548-9

Sollte der Religionsunterricht politisch sein? Der Chatbot „ChatGPT3“, angefragt am 22. September 2023, hat hierzu eine durchaus abwägende Antwort: „Einige argumentieren, dass Religion und Politik eng miteinander verbunden sind und dass es wichtig ist, den Schülern ein Verständnis für die Auswirkungen von Religion auf politische Entscheidungen zu vermitteln. Andere hingegen betonen die Trennung von Religion und Politik und argumentieren, dass der Religionsunterricht sich auf spirituelle und ethische Aspekte konzentrieren sollte. Es ist wichtig, dass diese Frage im Kontext der jeweiligen Kultur, Gesellschaft und rechtlichen Rahmenbedingungen betrachtet wird.“

Allzu weiterführend ist dies jedoch nicht – und Substantielleres ist aus dem Chatbot nicht herauszubekommen. Denn



sind Religion und Politik nun geradezu untrennbar miteinander verknüpft (so wie es z. B. eine perfektionistische, wortwörtliche Deutung der Bergpredigt nahelegt)? Oder sind sie es eben nicht (so wie es u. a. die sog. Zwei-Stufen-Ethik, die lutherische Unterscheidung von Amt und Person oder auch die Systemtheorie Ni-

klas Luhmanns vertreten)? Welche Konsequenzen ergeben sich dann jeweils für den Religionsunterricht? Und was ist eigentlich damit gemeint, dass diese Frage in den o. g. Kontexten reflektiert werden sollte?

Wer sich für eine mögliche, evtl. anzustrebende oder ggf. auch unvermeidbare politische Dimension des Religionsunterrichts interessiert, ist daher besser beraten, die entsprechende Veröffentlichung von Jan-Hendrik Herbst heranzuziehen. Herbst widmet sich hier auf über 600 Seiten dem Ziel, „die mögliche Praxis eines politischen Religionsunterrichts in ihren Chancen und Hürden grundlegend zu durchdringen“ (S. 17). Dieses anspruchsvolle Vorhaben verfolgen 15 Kapitel in sechs Teilen. Teil A stellt dabei zunächst u. a. die Fragestellung vor, plausibilisiert sie und erörtert die der Arbeit zugrundeliegenden wissenschaftstheoretischen Vorannahmen. Es folgt Teil B, in dem u. a. „idealtypische Positionen zur politischen Dimension des Religionsunterrichts“ (S. 77, im Original teils kursiv) vorgestellt werden: eine sog. Poin-



tiert-politische Position, die eine „offensive Parteinahme für eine politische Dimensionierung von Religionspädagogik und religiöser Bildung“ (S. 82) anstrebt, eine sog. Distanziert-skeptische Position, die einer solchen Dimensionierung „ablehnend gegenübersteht“ (S. 95), und schließlich eine auf „Vermittlung“ (S. 114) abzielende sog. Differenziert-dialektische Position. Die von Herbst favorisierte (s. bereits S. 71–75) erste Position wird dann in Teil C mit Überlegungen der „gesamtgesellschaftliche[n], kirchlich-theologische[n] und religionspädagogische[n] Reformdekade um 1968“ (S. 213) und in Teil D mit den Einsichten und Zugängen weiterer Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere der Politikdidaktik, ins Gespräch gebracht. Derart begegnet werden soll drei – schon in Teil B ausführlich vorgestellten – Herausforderungen, die sich in den folgenden Fragen zusammenfassen lassen: „Inwiefern reproduziert der Religionsunterricht gesellschaftspolitische Herrschaftsverhältnisse“ (S. 130)? „Inwiefern kann das Politische eine durchgängige Grundperspektive religiöser Bildung darstellen“ (S. 152)? Und schließlich: „Inwiefern sollte Religionsunterricht politisch positioniert und wirksam sein“ (S. 176)? Damit ist dann für Herbst die Basis gegeben, um in Teil E die Überlegungen mit Blick auf die Praxis fortzuschreiben, wobei einerseits die politische Bedeutung u. a. von Lernzielen, -inhalten und -formen, andererseits exemplarische Fallanalysen in den Fokus geraten. Wie sollte z. B. mit populistischen Statements umgegangen werden? Was ist hinsichtlich einer Teilnahme an einer Fridays-for-Future-Demonstration oder der Durchführung eines „politischen Schulgottesdienstes“ (S. 464) zu beachten? Und wie gelingt es, Christologie „als politikaffines theologisches Thema“ (S. 487) zur Sprache zu bringen? Teil F schließt dann die Arbeit u. a. mit einem ausführlichen Resümee.

Mit diesem Durchgang vermag Herbst das weite Feld zwischen den Polen „Religion“ und „Politik“ in religionsdidaktischer Absicht umfänglich zu durchschreiten. Er unternimmt dies mit einer

beachtlichen historischen Tiefenschärfe (s. u. a., aber nicht nur Teil C), in hoher Selbstreflexivität (s. u. a., aber nicht nur S. 213) sowie unter Nutzung einer eigenen, mitunter geradezu wissenschaftspolitischen Sprache, die auch Termini wie „theologischer Glutkern“ (u. a. S. 44) nicht scheut. Dabei vermag er viele erhellen- de Einsichten vorzulegen, so den Verweis, dass Instrumentalisierungen des Religionsunterrichts ja nicht nur z. B. für die Kaiserzeit und den Nationalsozialismus festzuhalten sind (s. S. 131 f.), sondern auch aktuell „kirchliche Vereinnahmungspraktiken“ (S. 134) bestehen und „ökonomisch-lobbyistisch[e]“ (ebd.) Einflüsse zumindest zu diskutieren sind. Auch die ausführlich vorgetragenen Überlegungen zur Tatsache, dass der Religionsunterricht „nicht nicht politisch sein“ (S. 130) kann, sondern allenfalls „politisch nai[v] und bewusstlos[s]“ (ebd., im Original kursiv), sind weiterführend. Positiv sei auch noch vermerkt, dass Herbst sowohl katholische wie evangelische religionspädagogische Literatur heranzieht und virtuos miteinander verknüpft. Die Fülle der angesprochenen Themen sowie der in den Blick genommenen Personen und Titel ist dabei so groß, dass die Publikation enzyklopädische Charakteristika aufweist. Entsprechend wäre auch ein Sach- und/oder Personenregister hilfreich (und evtl. ja auch in einer zweiten Auflage umsetzbar).

Von hier aus sei allerdings auch eine Anfrage formuliert. Denn ist es eigentlich ‚mehr oder weniger automatisch so‘ – so der Eindruck nach der Lektüre –, dass zwischen evangelischem und katholischem (und ja evtl. auch islamischem) Religionsunterricht bzgl. einer politischen Dimension keine Differenzen existieren (sollten)? Damit verknüpft ist der Umstand, dass die normative Grundlage der Überlegungen ‚unterhalb‘ konfessioneller Differenzen und insgesamt unscharf bleibt – seien es die „Grundsätz[e] der Religionsgemeinschaften“ (S. 182) oder „Glaube, Liebe und Hoffnung“ (S. 183), sei es „die kritisch-transformative Tradition biblischer Prophetie“ (ebd.) oder insgesamt die „biblisch-christliche Tradition“ (S. 198). Hier

wäre, ggf. verbunden mit exegetischen und systematisch-theologischen Überlegungen, mehr Klarheit wünschenswert. Etwas überspitzt formuliert: Welche im Deutschen Bundestag vertretene Partei entspricht eigentlich am ehesten der Position von „Glaube, Liebe und Hoffnung“? Und wer sollte vor dem Hintergrund der „kritisch-transformative[n] Tradition biblischer Prophetie“ bevorzugt gewählt werden – CDU oder SPD, FDP oder LINKE, GRÜNE oder AFD? Oder wäre eine eigene Partei zu wünschen? Wenn eine „offensive Parteinahme für eine politische Dimensionierung von Religionspädagogik und religiöser Bildung“ (nochmals S. 82) angestrebt wird, dann wäre es sicher hilfreich, wenn hier noch schärfer argumentiert würde. Das protestantische *sola scriptura* wie auch das tridentinische *et scriptura et traditio* ermöglichen durchaus eine konkretere, substantiellere Positionierung (welche z. B. in Teil E dann auch durchaus exemplarisch eingelöst wird, s. u. a. S. 459 bzgl. des Themas „Nachhaltigkeit“).

Dem Lektüregewinn vermag das freilich keinen Abbruch zu tun. Nochmals zurück zu „ChatGPT3“: Der Chatbot leitete seine o. g. Antwort mit dem Hinweis ein, dass er als „AI-Assistent [...] keine persönlichen Meinungen oder Überzeugungen“ habe. Ähnliche Neutralitätsbekenntnisse sind auch häufig von Lehrer:innen (und vielen weiteren Menschen) zu hören: „Politisch bin ich ja ganz neutral – und mein Unterricht ist es auch!“ Wer das Werk von Herbst zur politischen Dimension des Religionsunterrichts gelesen hat, weiß, dass ein solch Archimedischer Punkt nicht existiert, und schon gar nicht im Bereich von Religion und Politik. Wichtig ist es daher, die eigenen Vorannahmen offenzulegen, zur Diskussion zu stellen sowie auch andere Positionen bestmöglich abzubilden – um dann auf dieser Basis z. B. auf „kritische Selbstvergewisserung“ (S. 75) hinarbeiten. All dies ist in der Arbeit von Jan-Hendrik Herbst in beeindruckender Weise gelungen. Ob „ChatGPT3“ nun daraus lernen wird, bleibt abzuwarten.

Thomas Heller, Jena